

Erinnerung an sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Köln unerwünscht? Der Konflikt um die Aufstellung der FRIEDENSSTATUE vor dem NS-DOK

Die FRIEDENSSTATUE wurde von den koreanischen Künstler:innen Kim Seo-Kyung und Kim Eun-Sung kreiert, um im öffentlichen Raum an sexualisierte Gewalt gegen Frauen durch die Kaiserlich-Japanische Armee und die Deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg sowie in den Kriegen der Gegenwart zu erinnern. Seit zwei Jahren stand fest, dass sie während der Ausstellung DIE DRITTE WELT IM ZWEITEN WELTKRIEG vor dem NS-DOK aufgestellt werden sollte. Denn im Asien-Kapitel der Ausstellung ist die Verschleppung von ca. 200.000 Frauen in japanische Militärbordelle während des Zweiten Weltkriegs mit Zeitzeugnissen aus Asien und der Pazifikregion dokumentiert und die Ausstellung „Kunst gegen das Vergessen“ bietet Porträts und einen Film zum Thema aus Indonesien.

Obwohl vier städtische Ämter an der Vorbereitung des Ausstellungsprojekts beteiligt waren und die FRIEDENSSTATUE frühzeitig beim Ordnungsamt und der städtischen Museumsversicherung angemeldet wurde, untersagte die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Dezember 2024 schließlich die Aufstellung der FRIEDENSSTATUE vor dem NS-DOK – nach Drucklegung des Programmhefts (!). Vor dem Hintergrund der Kölner Städtepartnerschaft mit Kyoto wollte sich die Oberbürgermeisterin offenbar Regierungsstellen in Japan gefällig erweisen, die jede kritische Auseinandersetzung mit japanischen Kriegsverbrechen zu verhindern suchen.

Die Hinrichtungsstätte der Gestapo als „Alternative“

Dass es Frau Reker darum ging, die FRIEDENSSTATUE aus dem öffentlichen Raum zu verbannen, zeigten die „alternativen Standorte“, die das Amt für Internationales der OB dem NS-DOK vorschlug: Die Statue sollte zunächst in den Hinterhof der Gedenkstätte abgeschoben werden. Dort war die Hinrichtungsstätte der Gestapo, auf der ca. 400 Menschen ermordet wurden – eine Kunstinstitution aus Spiegeln rund um den Hof erinnert daran. Dieser Vorschlag scheiterte nicht etwa wegen dieses historischen Hintergrunds, sondern weil der Hof Privatgelände ist und der Besitzer um die Einfahrt zu seiner Garage fürchtete.

Als zweiter Vorschlag wurde der Innenhof der Kirche St. Maria in der Kupfergasse genannt und das Amt für Internationales verhandelte bereits mit dem zuständigen Pfarrer darüber – ohne die Kurator:innen mit einzubeziehen. Auch dort wäre die Statue von der Straße aus kaum wahrnehmbar gewesen. Zudem stellte sich heraus, dass diese Gemeinde ein Zentrum des Opus Dei ist, einer reaktionären katholischen Institution, die von einem Anhänger des spanischen Diktators Franco gegründet wurde und „für die Anliegen von Frauen schon aus Tradition nicht viel übrig hat“ (Zitat Kölner Stadt-Anzeiger vom 1. Februar 2025).

Protest gegen Zensurversuch war erfolgreich

Die Kurator:innen der Ausstellung lehnten die „alternativen Standorte“ ab. In einem Offenen Brief – unterstützt von Asieninitiativen und Frauengruppen – forderten sie von der OB, ihr Verbot zurückzunehmen. Die Presse berichtete, und die Bezirksvertretung Innenstadt votierte am 4.2. in einem Dringlichkeitsantrag schließlich einstimmig (!) für die Aufstellung der FRIEDENSSTATUE vor dem NS-DOK. Damit lag der „politische Gremienbeschluss“ vor, der nach Aussage der OB angeblich für die Aufstellung eines Kunstwerks im öffentlichen Raum in Köln nötig ist. Das Verbot musste aufgehoben werden. Einen solchen Beschluss hätten die OB und ihr Amt für Internationales allerdings längst selbst herbeiführen können, wenn sie denn gewollt hätten.

Der lange Arm des japanischen Geschichtsrevisionismus reicht somit letztlich nicht bis nach Köln. Aber es war bedrückend zu erfahren, dass die OB als oberste Repräsentantin der Stadt der Nachfolgegesellschaft der Täter in Japan nachgab, statt ein Zeichen der Solidarität mit den 200.000 Frauen aus Asien und der Pazifikregion zu setzen, die in den Vergewaltigungslagern der japanischen Streitkräfte zu deren Opfern wurden.